

Bundesgeschäftsstelle
Langemarckstr. 210
28199 Bremen

Tel.: 0421 / 598 28 8
Fax.: 0421 / 598 28 72

Pressestelle
Nernstweg 32
22765 Hamburg

Tel.: 040 / 380 892 0
Fax.: 040 / 380 892 14

27. November 2008

Pressemitteilung der Initiative 2000 plus - Schulmaterialien aus Recyclingpapier

Kein Urwald für Papier

VertreterInnen aus zwölf Bundesländern, Polen und Tschechien haben ihre Erfahrungen ausgetauscht und beraten, wie sie sich noch stärker für einen ökologischen und sozialverträglichen Papierkonsum einsetzen können. Sie trafen sich am vergangenen Wochenende (21. – 23. November) gemeinsam zum 7. bundesweiten Vernetzungstreffen der Papier-Initiative 2000 plus und dem EU-Papier-Projekt „Lerne mehr, verbrauche bewusst“ im Wald-Solar-Heim in Eberswalde, Brandenburg.

Als besonderen Gast konnte die Papier-Initiative den Umweltaktivisten Ingmar Lee aus British Columbia, Kanada begrüßen, der dort mehr als 20 Jahre als Baumpflanzer arbeitete. Er hielt einen Vortrag über den Holzeinschlag in kanadischen Wäldern für Zellstoff und Papier. Ingmar Lee vermittelte den 80 TagungsteilnehmerInnen und BürgerInnen aus Eberswalde nicht nur einen Eindruck über die Einzigartigkeit der gemäßigten Regenwälder an der kanadischen Westküste, sondern auch über das Ausmaß der dortigen Waldzerstörung für unseren Papierkonsum. In Kanada wird Holz immer noch in erster Linie in Urwäldern eingeschlagen. Zurzeit befindet sich Ingmar Lee auf Vortragsreise durch Deutschland, um auf die damit verbundenen Folgen für Menschen und Natur zu informieren (Infos dazu unter: www.naturschatz.org).

Die Forderung Ingmar Lees, kein Holz aus Urwäldern mehr für ein kurzlebiges Alltagsprodukt wie Papier zu nutzen, wird von den 75 Umwelt- und Verbraucherorganisationen der Papier-Initiative in Deutschland geteilt. Die Verbände engagieren sich seit fast zehn Jahren für einen nachhaltigen Papierkonsum. Sie kritisieren den zu hohen Verbrauch von 256 Kilogramm Papier pro Kopf im Jahr, mit dem Deutschland zu den größten Papierverbrauchern weltweit gehört. Deutschland verbraucht so viel Papier wie die beiden Kontinente Afrika und Lateinamerika zusammen. Ein ähnliches Bild der Urwaldzerstörung wie in Kanada zeichnete Peter Gerhardt, Tropenwaldreferent bei ROBIN WOOD, von der Lage in Indonesien und Brasilien. Immer größer wird der Anteil aus tropischen Regionen. 17 Prozent des weltweit genutzten Zellstoffs für Papier stammen aus Urwaldgebieten. „Da für die deutsche Papierproduktion 80 Prozent der Zellstoffe importiert werden, sind wir direkt mitverantwortlich für die Zerstörung der letzten Urwälder der Erde“, sagte Gerhardt.

Jeder kann im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Änderung des Konsumverhaltens beitragen. An bundesdeutsche Politiker appellieren 13 Umwelt- und Verbraucherverbände mit einem „Memorandum für einen nachhaltigen Papierkonsum in Deutschland“ und fordern Maßnahmen, um den Ressourcenverbrauch für Papier drastisch zu senken. Die Ziele des Papier-Memorandums sind: eine Verbrauchsreduzierung um 50 Prozent, der konsequente Einsatz von mehr Recyclingpapier und der Ausschluss von Papieren, deren Rohstoffe aus Raubbau in Urwäldern stammen. Für die Umsetzung dieser Ziele fordern die Verbände unter anderem Papiersparprogramme, Bildungsoffensiven und eine Kennzeichnungspflicht für die Herkunft der Zellstoffe auf Papierprodukten (www.treffpunkt-recyclingpapier.de).

Für Rückfragen an die Initiative 2000 plus:

Monika Nolle, ARA e.V., Tel.: 0521/65 943, monika.nolle@araonline.de

Angelika Krumm, ROBIN WOOD e.V., Tel.: 03332/25 20 10, papier@robinwood.de

Ute Bertrand, Pressestelle, Tel. 040 / 380 892 22, presse@robinwood.de

Die Initiative 2000 plus ist eine Kooperation von 75 Umweltverbänden, Verbraucherorganisationen und Kommunen in 14 Bundesländern. Sie wurde 1999 in NRW gegründet. Unter der Schirmherrschaft des Umweltbundesamtes und der Schirmherren in den beteiligten Bundesländern arbeitet die Initiative 2000 plus für eine Trendwende pro Recyclingpapier und die zukunftsfähige Nutzung von Papier in allen Bereichen.

Das Treffen wurde vom Umweltministerium Brandenburg und der Europäischen Kommission finanziell unterstützt.
